[](http://www.salz.or.at/)

An die Bildungssprecher von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl vom 24.April wird allgemein als Protest gegen den Stillstand in der Politik angesehen. Auch wir mussten diesen Stillstand bei unseren Bemühungen um die möglichst frühzeitige und umfassende Integration von Flüchtlingen, insbesondere von unbegleiteten Minderjährigen erfahren. Daher wenden wir uns erneut - wie bereits vor 4 Monaten über das Büro des Flüchtlingskoordinators Dr. Konrad - mit dem Anliegen von verpflichtenden Deutschkursen und der Verlängerung der Schulpflicht für UmF - an Sie (siehe nachstehendes Mail vom 15.12 2015). Bedanken möchten wir uns beim Bildungssprecher der Grünen, Dr. Harald Walser, der als bisher einziger auf das Mail von Mag.P. Hasler / Büro Konrad  geantwortet hat.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es im Sinne des Gemeinwohls unseres Staates, aber auch aus einer Verantwortung diesen Jugendlichen gegenüber, ein MUSS ist, diese bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren und ihnen Möglichkeiten zu bieten, sich ein Leben in Österreich aufzubauen. Die z.T. traumatisierten UmF, denen unsere westliche Gesellschaft mit ihren Werten großteils unbekannt ist, dürfen nicht sich selbst überlassen werden, indem man ihnen lediglich das Notwendigste zum Leben zur Verfügung stellt, wie bis jetzt gehandhabt. Den Jugendlichen muss vielmehr eine Zukunftsperspektive geboten werden. Dazu sind folgende Maßnahmen unabdingbar: Neben den ab nun verpflichtenden Wertekursen muss auch ein verpflichtender Deutschunterricht sofort nach Ankunft angeboten werden. Zusätzlich muss die Möglichkeit zur Freiwilligen-Arbeit  ausgebaut werden, damit die UMFs an ein Leben in unserer Kultur herangeführt werden können. Gelingt es nicht, die Jugendlichen in unsere Gesellschaft zu integrieren, so laufen auch wir in Österreich Gefahr mit jener Problematik konfrontiert zu werden, die schon in Frankreich und Belgien zu folgenschweren Ereignissen und ausufernden Problemen  geführt haben.  Die misslungene und vielleicht kann man auch sagen „übersehene“ Integration wird als Hauptverursacher zahlreicher vermeidbarer Krisen angesehen.

Diese Querschnitt-Materien dürfen nicht, wie bisher, von „unzuständigen“ Politikern in andere Verantwortungsbereiche geschoben werden, sondern es muss sich ein Experte Bundesländer-übergreifend dieser Sache annehmen!  Es ist aus logistischen, aber auch aus Kostengründen schwer nachvollziehbar, dass es sich jedes Bundesland leisten kann und will, seine eigene Integrationspolitik zu betreiben. Wir benötigen stattdessen einen Bundes-Integrationskoordinator (m/w) der/die einen Überblick über alle staatlichen und ehrenamtlichen Initiativen zur Integration von Flüchtlingen besitzt, diese unterstützt und vernetzt und der Regierung als beratendes Organ zur Verfügung steht.

Stellen Sie Ihre Glaubwürdigkeit bei den Österreicherinnen und Österreichern wieder her, indem Sie eine durchdachte, vernünftige Flüchtlings-Politik betreiben! Für weitere Gespräche und Anregungen, die aus unseren unmittelbaren Erfahrungen stammen,  stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Bürger für Salzburg

Dr. Christoph Ferch, Dr. Alexandra Michal, Sirikit Reuchlin

PS: Dieses Mail ergeht an unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter in allen Bundesländern, an Die Presse, Kronenzeitung, Kurier und Salzburger Nachrichten.

SALZ   
Mirabellplatz 4  
Postfach 63  
5024 Salzburg   
Tel: +43 (0)662 – 8072 2850

[](http://www.salz.or.at/)

Mail:[SALZ@stadt-salzburg.at](mailto:SALZ@stadt-salzburg.at)

Web: <http://www.salz.or.at/>

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen.  
Wenn Sie nicht der/die richtige Adressat/in sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben,  
informieren Sie bitte sofort den/die Absender/in und vernichten Sie diese Mail.

**Von:**[**patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at**](mailto:patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at) **[**[**mailto:patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at**](mailto:patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at)**]**

**Gesendet:** Dienstag, 15. Dezember 2015 15:51 **An:** [brigitte.jank@parlament.gv.at](mailto:brigitte.jank@parlament.gv.at); [harald.walser@gruene.at](mailto:harald.walser@gruene.at); [elisabeth.grossmann@parlament.gv.at](mailto:elisabeth.grossmann@parlament.gv.at); [matthias.strolz@parlament.gv.at](mailto:matthias.strolz@parlament.gv.at) **Betreff:** Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Integration der UMFs   
    
Sehr geehrte Damen und Herren,   
  
dem Büro von Herrn Dr. Konrad wurden von ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern Ideen zu einer möglichen Gesetzesänderung zur besseren Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) übermittelt. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind besonders schutzwürdig, befinden sie sich doch in einem fremden Land ohne Familienmitglieder. Dieser besonderen Situation muss auch in der Unterbringung und Betreuung Rechnung getragen werden. Im Auftrag von Herrn Dr. Konrad und Herrn Dr. Maier darf ich Sie bitten eine mögliche Gesetzesänderung in diesem Bereich zu prüfen.   
  
Konkret geht es um verpflichtende Deutschkurse und eine verlängerte Schulpflicht für die mehr als 6000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich derzeit in Österreich aufhalten. Einer dringend notwendigen verlängerten Schulpflicht mit Hauptschulabschluss für die UMFs müsste ein verpflichtender Deutschkurs mit Abschlussprüfung vorausgehen. Die Vorteile eines derartigen Vorhabens liegen auf der Hand. Die Integration und die Eingliederung in die österreichische Gesellschaft funktioniert über den zeitnahen Erwerb der Sprache und die Einbettung der Jugendlichen in einem sozialen Umfeld (Schule) mit einem geregelten Tagesablauf und mit der Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung. Soziale Strukturen geben Halt und Perspektiven, sind wichtig für Jugendliche und Kinder, die ohne Familienmitglieder Schutz und Zukunft in einem fremden Land suchen.   
  
Die konkreten **Vorschläge** wären:

* Verpflichtende Deutschkurse für UMFs (bereits während des Asylverfahrens)
* Verlängerte Schulpflicht für UMFs

Eine derartige Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen hätte europäische und internationale Vorbildwirkung.   
  
Mit freundlichen Grüßen   
 **Patrick Hasler, MA**   
NGO Kontakt   
Büro Dr. Christian Konrad   
Flüchtlingskoordinator im Auftrag der Bundesregierung   
  
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisenplatz 1   
1020 Wien   
Telefon: +43 1 9094300   
Handy: +43 664 88772403   
Email: [patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at](mailto:patrick.hasler@oesterreich-hilfsbereit.at)